

Glaubwürdigkeit

von *Wolfgang Thierse*

MdB und Vizepräsident des Deutschen Bundestags



Es ist eine politische Binsenweisheit: Wer das Vertrauen der Menschen gewinnen will, muss vor allem eines sein – glaubwürdig. Und das heißt: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt. „Man muss von Politikern erwarten können, dass Wort und Tat übereinstimmen“, so hat es Hans-Jochen Vogel auf den Punkt gebracht.

Umfragen bestätigen immer wieder: Die überwiegende Mehrheit der Bürger hält Glaubwürdigkeit für die wichtigste Eigenschaft eines Politikers. Sie rangiert weit vor anderen Zuschreibungswerten wie Sachverstand, Tatkraft oder Sympathie.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind kostbare, gleichwohl flüchtige Ressourcen im politischen Wettbewerb. Sie müssen mühselig erarbeitet werden, gehen aber leicht verloren. Dass der Verlust politischer Glaubwürdigkeit in Desinteresse oder gar Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, Parteien und der Demokratie insgesamt umschlagen kann, ist vielerorts zu beobachten. Bürger, die enttäuscht sind von der Parteiendemokratie, deren Vertrauen in die repräsentative Demokratie geschwunden ist, gehen auf die Straße, setzen Volksentscheide durch, geben ihren Zorn in Umfragen kund, wählen eine inhaltlich noch gänzlich unbestimmte Partei. Andere ziehen sich völlig zurück.

Schadet das unserer Demokratie? Ich glaube nicht, wenn alle Beteiligten aus dieser Entwicklung lernen – Parteien und Bürger. Die Parteien – wir Politiker also – sollten lernen,

alle unsere Entscheidungen so kenntlich und transparent wie möglich vorzubereiten und zu fällen, damit die interessierten Bürger erkennen, ob, wann und wie sie sich rechtzeitig und folgenreich einmischen können oder müssen, wenn sie es denn wollen. Die Parteien sind schließlich auch Teil der Zivilgesellschaft und nicht einfach Teil des Staatsapparates. Und die Bürger sollten lernen, ihre Interessen und ihre Meinungen zwar energisch, also auch gut organisiert zu vertreten, aber eben doch nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip: Verschone mein Haus, zünde das andere an. Nicht allein das eigene Gruppeninteresse, so berechtigt und verständlich es sein mag, darf der Maßstab sein, sondern die Gemeinwohlverträglichkeit. Auf sie kommt es an! Das Gemeinwohl muss die regulative Idee in den demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen sein!

Eine Partei wie die SPD, die ihre Programmatik an den politischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität ausrichtet, ist dem Gemeinwohl in besonderem Maße verpflichtet – und muss besonders glaubwürdig agieren: als Verteidigerin des Sozialstaats, als Anwältin der sozial Benachteiligten, als Kritikerin neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie darf keine Wahlprogramme aufstellen, die nicht finanzierbar sind, und darf nach Wahlen keine Entscheidungen treffen, die sie vor Wahlen ausdrücklich ausgeschlossen hat (wie 2005 bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent). Ich denke, diese Lektion hat die SPD gelernt!

Parteien sind lebendige, lernende Organisationen – und sie sollten ihre Lernprozesse öffentlich machen. Das stärkt ihre Glaubwürdigkeit, das stärkt das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie. Die Parteien sind unverzichtbares Element unserer demokratischen Gesellschaft und sie bleiben es – wider allen Verdross. Sie bündeln Überzeugungen, sie bereiten in ihren Reihen gewissermaßen die Kompromisse, die Konsense zwischen den widerstreitenden Interessen und Meinungen vor, von denen die demokratische Politik, die Gesellschaft insgesamt leben. Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben sozialdemokratischer Politik, das Vertrauen der Menschen in

die Veränderbarkeit und Gestaltbarkeit der eigenen Lebensverhältnisse wiederherzustellen und sie zu vielfältigem politischen Engagement zu ermutigen!

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:

www.werteundpolitik.de